

Köln, den 18. Mai 1973

Offizieller Besuch der Regierung des Kantons
Schaffhausen bei der Regierung des Landes
Baden-Württemberg , 14./15. Mai 1973.

Arbeitssitzung

An einer Arbeitssitzung auf Schloss Weitenburg bei
Horb am 15. Mai nahmen teil :

Auf der Schaffhausen Seite :

Der vollzählige Regierungsrat unter dem Vorsitz von Präsident
Erwin Hofer, und im Beisein des Staatsschreibers,
Dr. Uehlinger.

Auf der Baden-Württembergischen Seite :

Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger, der Finanz- ,
der Wirtschafts- und der Landwirtschaftsminister sowie die
Ministerin für Arbeit- und Sozialfragen.

Folgende Fragen wurden behandelt :

1. Krankenhauswesen

Einerseits nimmt das Kantonsspital Schaffhausen
seit jeher auch Kranke aus der badischen Nachbarschaft
auf, andererseits ist es für einen kleinen Kanton eine grosse

./.

Last, ein hochmodernes, mit allen Einrichtungen versehenes Krankenhaus zu unterhalten. Die Frage stellt sich, ob eine Zusammenarbeit mit dem Spital Singen a.H. in gewissen Bereichen, man denkt z.B. an die Hochvolttherapie (Kobaltbombe), zweckmässig wäre. Nicht nur könnten kostspielige Einrichtungen beiden Spitalern dienen, auch könnte an eine personelle Zusammenarbeit gedacht werden, z.B. die Anstellung eines einzigen Physikers für beide Spitäler.

Die deutsche Seite teilt mit, dass Singen im Jahre 1974 eine Kobaltbombe (später vielleicht einen Linearbeschleuniger) erhalten werde, der dem ganzen Raum Konstanz dienen soll. Es sollte möglich sein, auch Kranke aus Schaffhausen zu behandeln.

Beschluss : Die zuständigen Stellen werden das Problem im Einzelnen prüfen.

2. Grenzgänger

p. B. 11. 21. A. 1.

Seit 1971 sind rund 3'000 deutsche Pendler im Kanton Schaffhausen tätig ; die Beschäftigung dieser tüchtigen Leute in der Schaffhauser Industrie entspricht einer alten Tradition. In letzter Zeit sind gewisse Erschwernisse eingetreten :

- a) aus der Entwicklung der Industrie im badischen Grenzraum, die selbst Arbeitskräfte absorbiert,
- b) aus der Aenderung der Wechselkurse und
- c) aus der Haltung der Schweiz gegenüber Fremdarbeitern im allgemeinen.

So kommt es, dass deutsche Amtsstellen ihren Landsleuten davon abraten, in der Schweiz zu arbeiten. Die Schaffhauser bitten die Baden-Württemberger um Verständnis und Unterstützung.

Die deutsche Seite umschreibt den Problembereich aus ihrer Sicht. Insgesamt 16'000 Grenzgänger, d.h. Auspendler, schaffen im deutschen Grenzraum einen Mangel an Arbeitskräften. Dieser muss durch Gastarbeiter wettgemacht werden. Also entstehen den Gemeinden steigende Aufgaben der Infrastruktur (Wohnungsbau, Spitäler, Schulen, etc ...) . Die Klagen der Gemeinden mehren sich, es wird da und dort auch mit der Abwanderung von Industrien in günstigere Gegenden gedroht. Der Vorschlag geht dahin, zu einem Lastenausgleich zu gelangen, indem z.B. den Gemeinden ein Prozentsatz der Lohnsummen zugesprochen wird.

Es wird vereinbart, diese Frage durch weitere Gespräche, auch mit den übrigen Grenzkantonen, zu vertiefen.

3. Wasserstollen Bodensee-Neckar

p.B. 12.10.4.1.

Die Schaffhauser erklären, dass sowohl die Anrainerkantone wie auch die Bundesbehörden sich gegen die Entnahme von Wasser aus dem Bodensee zu anderen Zwecken als zur Trinkwasseraufbereitung ausgesprochen haben, und bitten, das Projekt des Neckarstollens nicht weiter zu verfolgen. Die deutsche Seite verweist darauf, dass vorläufig lediglich geprüft werde, ob der Zufluss von Bodenseewasser in den Neckar überhaupt die gewünschte Lösung bringen würde. Erst die neu eingeleitete "Gesamtsystemanalyse" werde weitere

Klarheit bringen. Selbstverständlich könnte ein solches Projekt nur mit dem Konsens der Nachbarn in Angriff genommen werden. Auf die deutsche Frage über den Stand der Dinge inbezug auf das Regulierwerk am Bodensee - von dessen Erstellung der Neckarstollen abhängig wäre - erläutert die Schaffhauser Seite, dass nunmehr auch im Kanton Thurgau ein Stimmungswandel gegen den Bau eines Wehrs einzutreten scheine, so dass schliesslich niemand mehr eine Abflussregulierung befürworte. Im übrigen werde das Problem durch eine eigens dafür geschaffene schweizerisch-deutsche Kommission geprüft.

4. Ausbau des Hochrheins

S.O. 662.223.3.

Ministerpräsident Filbinger weist darauf hin, dass der Vertrag vom 1929 noch immer die rechtliche Grundlage für den Ausbau des Hochrheins bildet. 1963 fasste der badisch-württembergische Landtag einen Beschluss über den Ausbau bis Waldhut und Eglisau. Inbezug auf die Weiterführung bis zum Bodensee hat die Stimmung sich inzwischen gewandelt. Der Landtag ersuchte die Regierung, mit der Schweiz einen formellen Verzicht auf den Ausbau des Hochrheins zu vereinbaren, und auch in den Kantonen Thurgau und St.-Gallen scheint das Interesse zu schwinden.

Die Meinung der Anwesenden geht dahin, dass ein Ausbau bis zum Bodensee nicht zu befürworten sei.

5. Elektrizifizierung der Bahnen

S.O. 629.A.

Die Stuttgarter teilen mit, dass die Strecke

Böblingen - Horb zurzeit elektrifiziert werde und dass auch die Strecken Horb - Singen - Konstanz und Singen - Schaffhausen bis 1978 fertig gestellt sein werden. Die ganze Strecke Konstanz - Würzburg wird somit elektrisch betrieben werden.

Die Schaffhauser freuen sich über diese Nachricht.

Es wird ferner über den Ausbau des schweizerischen Bahnnetzes gesprochen, wobei festgestellt wurde, dass zurzeit die Splügenlinie wieder in den Vordergrund des Interesses rückt, es also nicht ausgeschlossen ist, dass diese Linie gegenüber dem Gotthard-Basistunnel Priorität erhalten könnte. Die Frage interessiert auch Baden-Württemberg, wegen der Zufahrt ab Ulm.

6. Strassen, Autobahnen

S. O. 617 A. 7.

Die Stuttgarter orientieren über den Stand der Autobahn Stuttgart-Bodensee, die bis 1977 über das Schlatter-Kreuz hinaus fertig sein soll. Es geht um die Abnahme dieser Autobahn durch die Schweiz, also um die Notwendigkeit einer Absprache über die genaue Linienführung. Die Schaffhauser erläutern, dass diese Linienführung politisch ein heisses Eisen ist. Noch am Vortag, 14. Mai, hat der grosse Rat einen Antrag auf Verzicht auf die Autobahn nur knapp mit 33 zu 25 Stimmen verworfen, während auf Bundesebene die Erstellung der Autobahn bis Benken als notwendig betrachtet wird.

Nachdem die deutsche Seite beabsichtigt, dass Trasse im Raume Bietingen gegenüber den früheren Plänen zu ändern, zeigen sich im Schaffhauser Gebiet erhebliche Widerstände gegen die neue Planung bei Thayngen und bei Büsingen - Dörflingen.

Es wird vereinbart :

- a) eine von Stuttgart vorzunehmende Verkehrszählung soll die Notwendigkeit des Baus der Autobahn besser nachweisen.
- b) Stuttgart versichert, dass über Hilzingen hinaus nicht gebaut wird bevor über die genaue Weiterführung Einvernehmen besteht.
- c) Regierungsrat Neukomm, Schaffhausen und Verkehrsminister Eberle, Stuttgart, werden sich im Juli für Detailgespräche treffen.

Inbezug auf die Hochrhein-Schnellbahn Basel - Konstanz, gegen die sich im Weinland Opposition geltend macht, bittet die deutsche Seite, das Trasse mindestens offen zu halten, damit ein allfälliger späterer Bau nicht zum Voraus verunmöglicht wird.

7. Kernkraftwerke

S.O. 685.0.

In Rheinklingen wurde vorsorglich Land gekauft im Hinblick auf die allfällige Erstellung eines Kernkraftwerkes. Der Standort ist keineswegs definitiv, da er erstens von Gesamtplanung abhängig ist. Zweitens, da eine Flusskühlung

nicht mehr in Frage kommt, das Kraftwerk nicht unbedingt am Rhein zu liegen braucht.

8. Errichtung grenzüberschreitender Schutzgebiete

Auf Anregung der Europäischen Konferenz in Wien wird ins Auge gefasst, im Schienerberg und im Randen grenzüberschreitende Naturschutzgebiete zu errichten. Dieser Vorschlag findet allgemeine Zustimmung, und es wird vereinbart, ihn in einer Kommission zu besprechen.





SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT
IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

5 KÖLN Str. den 18. Mai 1973

Bayenthalgürtel 15
Telefon: 38 06 41

Ref.: 063.71 - SI/fa

An die
Politische Direktion des EPD
B e r n

an	DB RV BOH DZ DS		
Datum	19.5.73	30.5.73	7.6
Vise	DB Pr- Not f DS		PS
EPD	25.5.73	17	
Ref.	p.B. 22.71.24.		

p.B. 11.21.A.7.1
p.B. 12.10.4.1.1
S.O. 662.223.3.1
S.O. 629.A.1
S.O. 611.A.7.1
S.O. 685.0.

Herr Botschafter,

Am 14./15. d.M. stattete der Regierungsrat des Kantons Schaffhausen der Regierung des Landes Baden-Württemberg einen offiziellen Besuch ab. Auf Einladung von Ministerpräsident Filbinger hat mich mein Erster Mitarbeiter bei diesem Anlass vertreten.

Ausser den üblichen mehr protokollarischen Veranstaltungen umfasste das Programm den Besuch zweier Industriebetriebe sowie eine mehrstündige Arbeitssitzung. Ueber die dabei behandelten Themen orientiert für alle Fälle die beiliegende Notiz.

Ich versichere Sie, Herr Botschafter, meiner vorzüglichen Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER

Hans Müller

Beilage erwähnt